

Liebe Friedensinteressierte,

in turbulenten Zeiten sende ich auch heute
einige Informationen zu den Kriegen in der Ukraine
und in Westasien - sowie zur US-Wahl:

- 1. n tv: Ukraine Ticker: Putin gratulierte Trump "durch Bekannte"**
- 2. Politico: Scholz, Lindner und ein Essen im Kanzleramt - DIE NATO-UKRAINE-FRAGE**
- 3. Der Freitag: John Mearsheimer: It's about NATO, stupid! Der Ukraine-Krieg und wie er enden könnte**
- 4. Der Spiegel: »Die gesamte Bevölkerung in Nordgaza ist akut vom Tod bedroht«**
- 5. The Guardian: Wir erleben die letzte Phase des Völkermords in Gaza**
- 6. Times of Israel: Smotrich drängt auf Aufrüstung des Westjordanlandes und der Siedlungen im Gazastreifen und Vertreibung der Palästinenser**
- 7. Der Spiegel: Geschasster Verteidigungsminister Gallant prangert »moralische Dunkelheit« an**
- 8. Le Monde Diplomatique: Netanjahus fataler Triumph**
- 9. Blätter: Israels Eskalation und das Versagen der Verbündeten**
- 10. FAZ: Vorschlag zur Bundestagsresolution gegen Antisemitismus**
- 11. IPG: Am Ziel vorbei**
- 12. IPG: Schwätzchen mit Trump**
- 13. BerlZ: Nach Wahlsieg Trumps: Chinas Xi warnt vor Konfrontation**

- 1. n tv: Ukraine Ticker: Putin gratulierte Trump "durch Bekannte"**

<https://www.n-tv.de/politik/14-37-NATO-Generalsekretaer-Rutte-stimmt-Trumps-Kritik-zu--article23143824.html>

09:32 Bericht: Putin gratulierte Trump "durch Bekannte"

Einem Bericht zufolge hat der russische Präsident Wladimir Putin dem designierten US-Präsidenten Donald Trump "durch Bekannte" statt durch einen offiziellen Telefonanruf gratuliert. Das berichtet die russische Nachrichtenagentur Verstka. Zuvor hatte Kremlsprecher Dmitry Peskow erklärt, er wisse nichts von Plänen Putins, Trump zu gratulieren, da die USA weiterhin ein "feindliches Land" seien, die "in einen Krieg gegen Russland verwickelt" seien.

08:55 Bericht: Trump-Team erwägt entmilitarisierte Zone in der Ukraine

Das Team um den designierten US-Präsidenten Donald Trump erwägt einem Bericht zufolge, die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine um mindestens 20 Jahre zu verschieben und beide Kriegsparteien dazu zu bewegen, die derzeitige Frontlinie einzufrieren.

Die Idee sei, die Mitgliedschaft Kiews in dem Sicherheitsbündnis im Austausch für fortgesetzte Waffenlieferungen zur Verteidigung gegen Russland auszusetzen, schreibt das Wall Street Journal unter Berufung auf drei Trump nahestehende Quellen.

Nach diesem Plan würde die Frontlinie im Wesentlichen unverändert bleiben und beide Seiten würden einer entmilitarisierten Zone zustimmen, heißt es weiter. Wer diese Zone überwachen soll, ist unklar, aber ein nicht namentlich genannter Trump-Berater sagte dem WSJ, dass Washington von den europäischen Verbündeten verlangen würde, ihre Truppen zu entsenden. Trump hatte mehrfach behauptet, den Krieg in der Ukraine "innerhalb von 24 Stunden" beenden zu können.

00:25 Selenskyj hatte "ausgezeichnetes Telefonat" mit Trump

Der ukrainische Präsident Selenskyj hat mit Donald Trump nach dessen Sieg bei der US-Präsidentschaftswahl nach eigenen Angaben ein "ausgezeichnetes Telefonat" geführt. Die beiden seien sich darin einig, einen "engen Dialog" zu führen und die Zusammenarbeit voranzutreiben, schreibt Selenskyj auf X.

"Die starke und unerschütterliche Führung der USA ist unerlässlich für die Welt und einen gerechten Frieden", so Selenskyj. Selenskyj gehörte zu den Ersten, die Trump in der Wahlnacht gratulierten.

2. Politico: Scholz, Lindner und ein Essen im Kanzleramt - DIE NATO-UKRAINE-FRAGE

<https://www.politico.eu/newsletter/berlin-playbook/scholz-lindner-und-ein-essen-im-kanzleramt/>

Scholz, Lindner und ein Essen im Kanzleramt - DIE NATO-UKRAINE-FRAGE

By Gordon Repinski

November 4, 2024 6:59 am CET

(...)

DIE NATO-UKRAINE-FRAGE:

Sie schwebt über dem Treffen von Scholz mit dem neuen NATO-Generalsekretär Mark Rutte, der heute inmitten des Regierungs-Chaos zu Besuch kommt. Denn während Selenskyj auf eine Einladung in das Militärbündnis drängt und von Offenheit anderer Länder spricht, bremst das Kanzleramt.

Lieber ein neutraler Finnland-Status? Dieser Gegenvorschlag einer „blockfreien“ Ukraine nach dem Vorbild Finnlands im Kalten Krieg – das weder der NATO noch dem Warschauer Pakt angehörte – ist in Berlin zuletzt häufiger zu hören gewesen. Nur so könne man Putin zu Friedensverhandlungen bewegen. Es ist die alte Merkel-Logik.

Dazu passt die Idee einer „Kontaktgruppe“: Damit soll Deutschland andere Staaten wie China, Indien und Brasilien zusammenbringen, um eine Friedenslösung zu erarbeiten. Die Ukraine ist nervös, dass über ihren Kopf hinweg verhandelt werden könnte.

Die Finnland-Idee hat ohnehin einen Haken: Helsinki hat gerade seine jahrzehntelange Neutralität verlassen und ist der NATO beigetreten, weil Putins Russland so unberechenbar und gefährlich ist. (...)

— —

3. Der Freitag: John Mearsheimer: It's about NATO, stupid! Der Ukraine-Krieg und wie er enden könnte

<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/john-mearsheimer-its-about-nato-stupid-wie-kann-der-ukraine-krieg-enden/4565909e-123f-490d-b19d-c58a6c2ead4f>

John Mearsheimer: It's about NATO, stupid! Der Ukraine-Krieg und wie er enden könnte

Er ist nicht nur ein prominenter Politologe, sondern auch früherer

Offizier der US Air Force: John Mearsheimer erklärt, welche politischen und militärischen Fehleinschätzungen dem Ukraine-Krieg vorausgingen – und was jetzt zu wünschen wäre

Von John J. Mearsheimer

31.10.2024

Als Forscher im Feld der internationalen Beziehungen habe ich lange vor einem Szenario wie dem Krieg in der Ukraine gewarnt. Ich habe immer argumentiert, dass es Folge einer falschen westlichen Politik wäre, wenn es so käme. Nun hält dieser furchtbare Krieg schon zweieinhalb Jahre an.

Es hat sich gezeigt, dass die russischen Truppen nicht zu schlagen sind, ohne eine direkte Kriegsbeteiligung der NATO zu riskieren. Allmählich werden Stimmen lauter, die eine diplomatische Lösung finden wollen. Dem steht eine verbreitete Sorge entgegen:

Einer konventionellen Meinung zufolge würde Russland das als Einladung verstehen, eine Eroberung der ganzen Ukraine später anzustreben – oder sogar noch weiter nach Westen vorzurücken. Meiner Ansicht nach gibt es für diese Ängste aber keine guten Gründe. Das möchte ich in zehn Punkten darlegen.

1. Putin hat eine Eroberung der Ukraine nie angekündigt

Die Meinung, dass Russland die ganze Ukraine annectieren wolle und daher mit ihm nicht zu verhandeln sei, wird oft damit begründet, dass Präsident Wladimir Putin das schließlich offen angekündigt habe. Aber stimmt das? Fand Putin es erstrebenswert, die gesamte Ukraine einzuverleiben? Hielt er es für machbar? Hatte er die Absicht, es auch wirklich zu tun? In öffentlichen Äußerungen gibt es dafür keine Belege.

Putin hat gesagt, die Ukraine sei ein „künstlicher Staat“ oder kein „echter Staat“. Aber was sagt das über seine Gründe zum Kriegseintritt aus? Putin hat auch gesagt, er betrachte Russen und Ukrainer als „ein Volk“ mit gemeinsamer Geschichte. Er nannte den Zusammenbruch der UdSSR „die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“. Er sagte aber auch: „Wer die Sowjetunion nicht vermisst, hat kein Herz.

Wer sie zurückhaben will, hat kein Hirn.“ Für Putin wurde „die moderne Ukraine vollständig von Russland geschaffen“. Doch in derselben Rede sagte er auch: „Natürlich können wir die Ereignisse der Vergangenheit nicht ändern, aber wir müssen sie zumindest offen und ehrlich zugeben.“

In Putins bekanntem Artikel vom 12. Juli 2021 über die russisch-ukrainischen Beziehungen, der oft als Beweis seiner imperialen Ambitionen angeführt wird, sagt er dem ukrainischen Volk:

„Ihr wollt einen eigenen Staat gründen: Ihr seid willkommen!“ Zu der

Frage, wie Russland die Ukraine behandeln sollte, schreibt er: „Es gibt nur eine Antwort: mit Respekt.“ Der lange Text endet mit dem Satz: „Und wie die Ukraine aussehen wird – das müssen ihre Bürger entscheiden.“

Ferner heißt es in diesem Text und erneut in einer Rede vom 21. Februar 2022, Russland akzeptiere „die neue geopolitische Realität“, die „nach der Auflösung der UdSSR entstanden ist“. Ein drittes Mal wiederholte er das noch am 24. Februar 2022, als er den Einmarsch ankündigte. Außerdem sagte er:

„Wir haben nicht vor, ukrainisches Territorium zu besetzen.“
Er respektiere die ukrainische Souveränität bis zu einem Punkt:
„Russland kann sich nicht sicher fühlen, sich nicht entwickeln und nicht existieren, wenn es sich einer ständigen Bedrohung durch das Territorium der heutigen Ukraine ausgesetzt sieht.“

Sicher kann man einwenden, dass öffentliche Erklärungen in einer solchen Situation nicht viel bedeuten. Dann kann man aber auch nicht mit denjenigen Teilen ebendieser Erklärungen argumentieren, die zur eigenen Wahrnehmung passen.

(...)

8. Im Jahr 2021 war ein schneller NATO-Beitritt der Ukraine realistisch

Russland sah und sieht einen NATO-Beitritt der Ukraine als existenzielle Bedrohung. Das hat Putin kurz vor dem Einmarsch mehrfach dargelegt. Am 21. Dezember 2021 erklärte er vor dem Verteidigungsministerium: „Was sie in der Ukraine tun oder versuchen oder planen, findet nicht Tausende von Kilometern entfernt von unserer Landesgrenze statt. Es geschieht direkt vor unserer Haustür.“

Sie müssen verstehen, dass wir uns einfach nirgendwohin mehr zurückziehen können. (...) Glauben sie wirklich, dass wir tatenlos zusehen werden, wie Bedrohungen für Russland entstehen?“ Kurz vor dem Krieg wiederholte er: „Wir sind kategorisch gegen einen NATO-Beitritt der Ukraine, weil dies eine Bedrohung für uns darstellt (...).“

Russland drohe, einem „bis an die Zähne bewaffneten ‚Antirussland‘“ gegenüberzustehen. Sein Außenminister Sergei Lawrow nannte es bei einer Pressekonferenz am 14. Januar 2022 den „Schlüssel zu allem“, dass „die NATO nicht nach Osten expandieren wird“.

In der westlichen Öffentlichkeit hört man hingegen oft, diese dramatisch vorgetragenen Befürchtungen seien nur vorgeschoben gewesen, weil 2021 ein baldiger NATO-Beitritt der Ukraine gar kein Thema gewesen sei. Das ist aber einfach falsch.

Tatsächlich bestand die westliche Reaktion auf die Krise von 2014 darin, die Perspektive für einen ukrainischen NATO-Beitritt zu forcieren. Das Bündnis bildete in den folgenden acht Jahren durchschnittlich 10.000 Soldaten pro Jahr aus.

Im Dezember 2017 beschloss die Regierung von Präsident Donald Trump die Lieferung von „Verteidigungswaffen“, andere NATO-Länder zogen nach. Die ukrainische Armee, Marine und Luftwaffe begannen, an NATO-Manövern teilzunehmen.

Aber auch für einen formalen Beitritt entstand eine neue Dynamik. Anfang 2021 vollzog Präsident Wolodymyr Selenskyi, der vorher keinen großen NATO-Enthusiasmus gezeigt hatte und im März 2019 auf der Grundlage einer Plattform gewählt wurde, die zur Zusammenarbeit mit Russland bei der Beilegung der anhaltenden Krise aufrief, einen Kurswechsel.

Nun befürwortete er nicht nur die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, sondern auch eine harte Linie gegenüber Moskau. (...)

Zeitgleich war Präsident Joe Biden ins Weiße Haus eingezogen. Er hatte sich seit langem nachdrücklich für einen NATO-Beitritt der Ukraine eingesetzt. Es überrascht nicht, dass die NATO am 14. Juni 2021 auf ihrem jährlichen Gipfel in Brüssel ein Kommuniqué herausgab, in dem es hieß:

„Wir bekräftigen den auf dem Gipfel von Bukarest 2008 gefassten Beschluss, dass die Ukraine Mitglied des Bündnisses wird.“ Als Selenskyj am 1. September 2021 das Weiße Haus besuchte, stellte Biden klar: Die USA seien „fest entschlossen“, die „euro-atlantischen Bestrebungen der Ukraine zu unterstützen“.

Am 10. November schließlich unterzeichneten US-Außenminister Antony Blinken und sein ukrainischer Amtskollege Dmytro Kuleba die „Charta der strategischen Partnerschaft zwischen den USA und der Ukraine“.

Man wolle, heißt es darin, „das Engagement für die Durchführung tiefgreifender und umfassender Reformen in der Ukraine“ vorantreiben, „die für eine vollständige Integration in die europäischen und euro-atlantischen Institutionen erforderlich sind“. Wiederum wird ausdrücklich die „Bukarester Gipfelerklärung von 2008“ bekräftigt.

Es kann kaum Zweifel daran geben, dass die Ukraine Ende 2021 auf dem besten Weg zur NATO-Mitgliedschaft war. Einige Befürworter dieser Politik argumentieren, dass sich Moskau darüber keine Sorgen hätte machen müssen, sei doch die NATO ein defensives Bündnis und für niemanden eine Gefahr. Aber das ist nicht die Meinung Putins und anderer russischer Politiker, und darauf kam es hier an. (...)

(...)

10. Es geht Moskau noch immer zuerst um die Neutralität der Ukraine

Ob vor dem Krieg oder während der Gespräche kurz nach dessen Beginn: Die Russen haben immer deutlich gemacht, dass es ihnen zuerst um eine militärische Neutralität der Ukraine geht.

Daran hat sich nichts geändert. Zuletzt hat Putin am 14. Juni 2024 zwei Forderungen formuliert, die erfüllt werden müssten, um einen

Waffenstillstand zu vereinbaren und Verhandlungen einzuleiten. Eine davon war, dass Kiew „offiziell“ erklärt, „dass es seine Pläne, der NATO beizutreten, aufgibt“.

Nach zweieinhalb Jahren eines furchtbaren Krieges sind die Dinge komplizierter geworden als sie noch kurz nach dessen Beginn waren.

Alle haben viel „investiert“ und erwarten nun Ergebnisse. Nicht nur auf ukrainischer und westlicher Seite müsste zuerst Vertrauen aufgebaut werden, sondern auch in Moskau – nach dessen Erfahrungen etwa mit den Minsker Abkommen zur Befriedung des Donbas. Realistisch ist heute vielleicht nicht mehr als ein fragiler Waffenstillstand und ein eingefrorener Konflikt.

Doch alles ist besser als eine fortgesetzte Eskalation mit unzähligen Opfern und unüberschaubaren Risiken. Und wer sine ira et studio auf die länger- und kurzfristige Vorgeschichte des Krieges sowie die bisherigen Versuche seiner Beilegung schaut, sieht immerhin eins:

Entgegen der konventionellen Meinung wird in der Ukraine nicht – wie im Zweiten Weltkrieg – gegen den Versuch gekämpft, ein neues Großreich zu erobern. Sondern um eine konkrete, begrenzte und konsistent vorgebrachte politische Forderung.

John J. Mearsheimer lehrt seit 1982 Internationale Beziehungen an der Universität von Chicago. Zuvor absolvierte er die Militärakademie West Point und diente fünf Jahre als Offizier in der US Air Force. Bekannt ist er nicht nur für sein schulemachendes Hauptwerk *The Tragedy of Great Power Politics*, sondern auch für politische Interventionen.

— —

4. Der Spiegel: »Die gesamte Bevölkerung in Nordgaza ist akut vom Tod bedroht«

<https://www.spiegel.de/ausland/israel-gaza-krieg-die-gesamte-bevoelkerung-in-nordgaza-ist-akut-vom-tod-bedroht-uno-schlaegt-alarm-a-23e8fc7c-a4d4-4633-ba19-ee8f9c5702e8>

»Die gesamte Bevölkerung in Nordgaza ist akut vom Tod bedroht«

SPIEGEL, 2.11. 2024

(...)

— —

5. The Guardian: Wir erleben die letzte Phase des Völkermords in Gaza

<https://www.theguardian.com/commentisfree/2024/nov/06/we-are-witnessing-the-final-stage-of-genocide-in-gaza>

(in der angebotenen deutschen Übersetzung)

Wir erleben die letzte Phase des Völkermords in Gaza

Arwa Mahdawi

Arwa Mahdawi ist US-Kolumnistin des Guardian

Omer Bartov ist ein israelisch-amerikanischer Professor für Holocaust- und Völkermordstudien. Er hat eine düstere Warnung über Gaza ausgesprochen

(...)

Im Juli veröffentlichte die medizinische Zeitschrift Lancet einen Artikel, der schätzungsweise 186.000 Todesfälle auf den aktuellen Konflikt in Gaza zurückzuführen sein könnte - etwa 7,9% der Bevölkerung. Devi Sridhar, Vorsitzende der globalen öffentlichen Gesundheit an der Universität Edinburgh, schrieb letzten Monat im Guardian, dass, wenn die Todesfälle mit dieser Rate anhalten, die bis Ende des Jahres geschätzt werden, insgesamt 335.500 betragen würde.

Das sind 15% der Bevölkerung. Sridhar hat auch darauf hin, dass der Lancet eine konservative Schätzung verwendet hat und die tatsächlichen Zahlen möglicherweise viel höher sind.

Apologeten für das, was geschieht, werden mit den Schultern zucken und sagen: Das ist es, was im Krieg passiert. Es ist tragisch, aber es ist Krieg; unschuldige Menschen sterben ständig. Aber hier ist die Sache, Kriege haben Regeln. Sie haben Grenzen.

Das Ausmaß der Zerstörung in Gaza deutet stark darauf hin, dass dies nach normalen Maßstäben kein Krieg mehr ist. Tatsächlich schlagen zahlreiche Experten Alarm, dass dies jetzt ein Völkermord ist. Dennoch scheinen viele der Mainstream-Medien diese Warnglocken unbekümmert zu ignorieren und den Vorschein fortzufahren, dass das, was passiert, eher ein normaler Krieg als eine systematische Ausrottung ist.

Omer Bartov, ein israelisch-amerikanischer Historiker, der Professor für Holocaust- und Genozidstudien an der Brown ist, ist einer der Experten, die glauben, was in Gaza passiert, ist ein Völkermord. Er glaubte nicht immer, dass dies der Fall war.

Im vergangenen November schrieb Bartov einen Artikel für die New York Times, in dem es hieß: „Ich glaube, dass es keinen Beweis dafür gibt, dass Völkermord derzeit stattfindet.“ Aber dies kam mit einem Auslassungsschluss: „Es gibt völkermörderische Absichten, die leicht in

völkermörderische Aktion kippen können ... Es ist noch Zeit, Israel davon abzuhalten, seine Handlungen zu einem Völkermord zu werden."

Absicht ist ein wichtiger Bestandteil des Völkermords, der rechtlich als Begehung bestimmter bestimmter Handlungen (einschließlich des Tötens und Verhängens von Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten) mit der Absicht definiert wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören.

Die völkermörderische Absicht, die Bartov erwähnt, ist die entmenschlichende Sprache und die Drohungen der totalen Vernichtung durch israelische Politiker und einflussreiche Persönlichkeiten. Es gibt Hunderte von diesen Aussagen da draußen. Bartov nennt ein Beispiel vom 9. Oktober, als Generalmajor Giora Eiland in der Tageszeitung Yedioth Ahronoth schrieb: „Der Staat Israel hat keine andere Wahl, als Gaza in einen Ort zu verwandeln, an dem es vorübergehend oder dauerhaft unmöglich ist, darin zu leben.“

In einem anderen Artikel schrieb Eiland, dass "Gaza ein Ort werden wird, an dem kein Mensch existieren kann". (...)

—

Siehe auch:

<https://www.theguardian.com/world/2024/oct/30/antonio-guterres-warns-israel-could-carry-out-ethnic-cleansing-of-gaza>

Die Welt muss handeln, um eine "ethnische Säuberung" des Gazastreifens

zu verhindern, warnt Antonio Guterres

Generalsekretär legt Berufung ein, da zivile Opfer inmitten intensiver

israelischer Angriffe auf den Norden zunehmen

(...)

6. Times of Israel: Smotrich drängt auf Aufrüstung des Westjordanlandes und der Siedlungen im Gazastreifen und Vertreibung der Palästinenser

<https://www.timesofisrael.com/smotrich-urges-ramping-up-west-bank-gaza-settlements-pushing-palestinians-out/>

Smotrich drängt auf Aufrüstung des Westjordanlandes und der Siedlungen im Gazastreifen und Vertreibung der Palästinenser

Auf der Konferenz sagte der Führer des religiösen Zionismus, dass Palästinenser, die auf einem eigenen Staat bestehen, ermutigt werden sollten, in einen arabischen Staat auszuwandern; andere Koalitionsmitglieder drängen auf israelische Souveränität vom Jordan bis zum Meer.

By [Sam Sokol](#)

28 October 2024, 4:25 am

Finanzminister Bezalel Smotrich forderte am Sonntag Israel auf, das Westjordanland und den Gazastreifen effektiv zu annektieren, und forderte die Errichtung neuer Siedlungen tief in den palästinensischen Gebieten und den Abzug der Araber, die nationalistische Bestrebungen hegen.

Die Äußerungen des Vorsitzenden der rechtsextremen Partei Religiöser Zionismus waren das jüngste Beispiel dafür, dass einer der politischen Verbündeten von Premierminister Benjamin Netanjahu auf die Wiedererrichtung israelischer Siedlungen im Gazastreifen drängte und gleichzeitig den Rückzug des Landes aus der Enklave von 2005 rückgängig machte.

In seiner Rede vor dem Nahost-Gipfel, einer Konferenz in Jerusalem, die von Israel 365 organisiert wurde, einem israelischen Medienunternehmen, das sich an amerikanische Evangelikale richtet, bezeichnete Smotrich die wiederholten Versuche, eine Zwei-Staaten-Lösung zu erreichen, als fehlgeleitet und forderte, sie aufzugeben und durch eine "unmissverständliche israelische Erklärung an die Araber und die ganze Welt zu ersetzen, dass ein palästinensischer Staat nicht gegründet wird".

Die bildliche Aussage, so argumentierte er, würde durch "die Gründung neuer Städte und Siedlungen tief im [Westjordanland]" erfolgen, die Hunderttausende neuer Siedler beherbergen. In Gaza, wo Israel einen einjährigen Krieg geführt hat, um die Hamas-Terrorgruppe zu stürzen, aber noch nicht festgelegt hat, wie der Gazastreifen regiert werden soll, forderte Smotrich ebenfalls eine Ausweitung der israelischen Souveränität und behauptete, dass sich seine Kriegsgewinne auflösen würden, wenn keine Truppen und Zivilisten dauerhaft dort stationiert würden.

"Wo es keine zivile Präsenz gibt, gibt es keine langfristige militärische Präsenz... es gibt keine Sicherheit und es gibt eine existenzielle Bedrohung für den Staat Israel und seine Bürger, und das dürfen wir nicht zulassen", sagte er.

Er wies darauf hin, dass das von der Hamas verübte Massaker vom 7. Oktober 2023 hätte verhindert werden können, wenn sich noch israelische Truppen und Siedlungen im Gazastreifen befunden hätten. In seinen Bemerkungen stellte sich Smotrich vor, dass die Palästinenser eine begrenzte lokale Selbstverwaltung "ohne nationale Merkmale" erhalten würden, und sagte, dass diejenigen, die weiterhin einen

palästinensischen Staat unterstützten, unerwünscht seien.

"Diejenigen, die ihre nationalen Ambitionen nicht zurückstellen wollen oder können, werden von uns Hilfe erhalten, um in eines der vielen arabischen Länder auszuwandern, in denen die Araber ihre nationalen Ambitionen verwirklichen können, oder an jedes andere Ziel der Welt", sagte er.

Smotrich war einer von mehreren Ministern, die letzte Woche an einer Veranstaltung teilnahmen, bei der die Wiedererrichtung jüdischer Siedlungen in Gaza gefordert wurde. Während der Konferenz sagte der Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben Gvir, dass die "Ermutigung zur Auswanderung" der palästinensischen Bewohner des Gebiets die beste und "ethischste" Lösung des Konflikts sei.

Auch andere Koalitionspolitiker auf der Veranstaltung "Israel 365" lehnten die Idee eines palästinensischen Staates ab. Gideon Sa'ar, der kürzlich als Minister ohne Geschäftsbereich in die Koalition eingetreten ist und als nächster in der Reihe für das Amt des Verteidigungsministers gilt, sagte den Teilnehmern, Israel müsse jede auf Zugeständnissen basierende Politik aufgeben und "eine politische eiserne Mauer" gegen die internationalen Bemühungen um eine Zweistaatenlösung errichten.

"Dort... wird niemals ein Ersatz für die volle operative israelische Militärkontrolle über das Gebiet vom Meer bis zum Jordan sein", versicherte der Vorsitzende der Neuen Hoffnung.

"Wir müssen anerkennen, dass es nur eine jüdische Souveränität zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer geben kann", stimmte der religiöse Zionismus-Abgeordnete Ohad Tal, einer der Organisatoren der Konferenz, zu. "Einige werden sagen, dass dies nicht realistisch ist, und wir antworten, dass sich das Zwei-Staaten-Szenario selbst als gefährliche Täuschung erwiesen hat.

Andere werden sagen, dass die Welt es nicht zulassen wird, und wir antworten, dass, sobald das jüdische Volk entschlossen ist, dass dies der richtige Weg ist, kein Hindernis zu groß ist, um überwunden zu werden", sagte er. Trotz der Andeutungen von Schritten, die Israels internationale Isolation vertiefen würden, sagten sowohl Smotrich als auch Sa'ar, dass Jerusalem regionale Partnerschaften ausbauen könnte.

Beide erwähnten Saudi-Arabien, das darauf bestanden hat, dass Schritte in Richtung eines palästinensischen Staates jede Normalisierung begleiten. Smotrich behauptete, dass Israels Kriegsgewinne Riad umwerben würden, solange Jerusalem und der Westen sich zusammenschließen, um das iranische Regime zu stürzen.

Sa'ar deutete an, dass sich die regionalen Bündnisse verschieben könnten, und wies darauf hin, dass die Türkei und der Iran früher Israels Verbündete waren, während Ägypten und Jordanien Gegner waren. Er warnte aber auch davor, dass sunnitische Staaten in der Ecke Israels es aufgeben könnten.

"Unsere Erwartungen an unsere Beziehungen zu ihnen müssen realistisch und in der Realität verankert sein", sagte er. Als nationale und religiöse Minderheit in der Region sollte Israel als nationale und religiöse Minderheit in der Region daran arbeiten, die Beziehungen zu Gruppen wie den Kurden und Drusen zu stärken.

Mit rund 40 Millionen Menschen, die zwischen der Türkei, dem Iran, dem Irak und Syrien aufgeteilt sind, seien die Kurden "eine der größten Nationen der Welt ohne eigenen Staat", aber Israels Zusammenarbeit mit ihnen bleibe begrenzt, argumentierte er und erklärte, dass Israel ein Interesse daran habe, sowohl die sicherheitspolitischen als auch die politischen Beziehungen zu vertiefen.

Darüber hinaus werde die drusische Minderheit im Libanon und in Syrien sowohl vom Iran als auch von mit dem IS verbündeten Gruppen bedroht, was Chancen für Jerusalem schaffe. In Bezug auf Syrien sagte Sa'ar, dass das Land nicht als Nachschubroute für iranische Waffen benutzt werden dürfe, die an die Hisbollah geschickt würden, und "Israel muss Assad klar machen, dass, wenn er sich entscheidet, Israels Sicherheit zu schädigen... Er bringt sein Regime in Gefahr."

(übersetzt mit deepl translate - kostenlose Version)

7. Der Spiegel: Geschasster Verteidigungsminister Gallant prangert »moralische Dunkelheit« an

<https://www.spiegel.de/ausland/israel-yoav-gallant-prangert-moralische-dunkelheit-an-a-3f5c1e7d-461f-4ba1-bf97-e494a57093c4>

Machtkampf in Israels Kabinett

Geschasster Verteidigungsminister Gallant prangert »moralische Dunkelheit« an

Israels Premier Benjamin Netanyahu hat mit Yoav Gallant seinen letzten Kritiker im Kabinett gefeuert.

Der äußert sich in einer Abschiedsrede zu seiner Entlassung und warnt die Israelis indirekt vor seinem Ex-Chef.

06.11.2024, 09.35 Uhr

Mit der Entlassung seines Verteidigungsministers Yoav Gallant bringt Israels Regierungschef Benjamin Netanyahu sein Kabinett auf Linie.

Gallant geriet über die Führung des Gazakriegs sowie der Strategie gegen die im Libanon agierende Hisbollah immer wieder mit Netanyahu aneinander, nun wird er von Netanyahus als loyal geltendem Likud-Parteikollegen Israel Katz ersetzt.

In seiner Erklärung vom Dienstagabend, von der »Times of Israel« vollständig veröffentlicht, äußert sich Gallant umfassend zu seiner Entlassung. Er positioniert sich darin erneut als entschiedener Befürworter, auch ultraorthodoxe Staatsangehörige zum Militärdienst einzuziehen. Die erst vor Kurzem gerichtlich gekippte Ausnahmeregelung für diese Bevölkerungsgruppe hatte in Israel für große Diskussionen gesorgt.

»Das Thema ist nicht länger nur eine soziale Angelegenheit«, sagte Gallant. »Es ist das kritischste Thema für unsere Existenz – die Sicherheit des Staates Israel.« Gallant nannte die Wehrpflichtdebatte als eines von drei Themen, bei denen es Meinungsverschiedenheiten gegeben habe, die letztlich zu seiner Entlassung geführt hätten.

»Jeder im wehrpflichtigen Alter muss in Israels Armee dienen und den Staat Israel verteidigen«, so Gallant. Netanyahus rechts-religiöse Koalitionspartner stemmen sich gegen die Entscheidung, die das Oberste Gericht im Sommer getroffen hatte.

Als weitere Streitpunkte nannte Gallant das Vorgehen zur Befreiung der noch lebenden Geiseln aus dem Gazastreifen nach dem Überfall der Hamas und weiterer Terrorgruppen am 7. Oktober 2023. Die Befreiung sei möglich, wenngleich dafür »schmerzhaft Kompromisse« eingegangen werden müssten, so Gallant. Dies sei für Israel jedoch zu verkraften. Getötete Geiseln könne man nicht zurückholen.

Proteste in mehreren Städten

Zudem plädierte Gallant für eine unabhängige Untersuchungskommission, die den Hamas-Überfall aufarbeiten solle. Als Chef des israelischen Sicherheitsapparats in den vergangenen zwei Jahren stelle er sich der Verantwortung.

Gallant verwies auf einen »Kompass« an Prinzipien, der ihm auch in Zeiten des Kriegs und »moralischer Dunkelheit« stets den Weg gewiesen habe. Er hoffe, dass »neben dem Sicherheitsapparat auch unsere gewählten Vertreter diesen Weg einschlagen werden«, so Gallant. Die Aussage kann als Spitze gegen Premier Netanyahu gewertet werden.

In Reaktion auf die Entlassung Gallants hatte es am Dienstagabend in mehreren Städten Israels Proteste gegeben. Präsident Isaac Herzog warnte vor politischen Turbulenzen in Kriegszeiten. »Das Letzte, was der Staat Israel jetzt braucht, ist ein Umsturz und ein Bruch mitten im Krieg«, sagte Herzog.

8. Le Monde Diplomatique: Netanjahus fataler Triumph

<https://monde-diplomatique.de/artikel/!6036058>

07.11.2024

Netanjahus fataler Triumph

In den vergangenen Monaten hat Israel die führenden Köpfe von Hamas und Hisbollah getötet. Dennoch ist die Regierung Netanjahu zur Fortsetzung der Kriege in Gaza und im Libanon entschlossen. Zudem droht nach wie vor eine Eskalation im Konflikt mit Iran, in den auch die USA hineingezogen werden könnten.

von Gilbert Achcar

(...)

Trotz des Widerstands aus Washington gab Netanjahu der israelischen Armee (IDF) am 6. Mai 2024 den Befehl, eine Offensive auf die Stadt Rafah und den Süden des Gazastreifens bis zur Grenze zu Ägypten zu starten. Damit nahm er der Hamas-Führung den größten Anreiz für einen Waffenstillstand.

In der Folge weigerte sich der Regierungschef, die IDF auch nur zeitweise aus Rafah abzuziehen, was damals selbst die Armeeführung forderte, ebenso Verteidigungsminister Joaw Galant, sein größter Rivale innerhalb der Likud-Partei. Damit machte er jegliche Aussicht auf ein Abkommen mit der Hamas zunichte und empörte zugleich die

Ägypter, denen damit die Kontrolle über den Grenzverkehr nach Gaza entzogen war. (...)

Das wichtigste Thema für den israelischen Ministerpräsidenten ist Iran – neben der Einverleibung weiterer palästinensischer Gebiete gemäß der expansionistischen Pläne der zionistischen Rechten.¹ Das Regime in Teheran stellt aus Sicht Israels die größte existenzielle Bedrohung dar, seit Ägypten Ende der 1970er Jahre seine konfrontative Politik geändert hat. (...)

2011 brach in Syrien nach dem Volksaufstand ein Bürgerkrieg aus, und auch der Jemen wurde ab 2014 durch einen Bürgerkrieg zerrissen. In beiden Ländern nutzte Teheran die Gelegenheit, um seinen Einfluss im Nahen Osten zu vergrößern. Vor diesem Hintergrund war es kein Wunder, dass Netanjahu, ebenso wie die Saudis, über den Wahlsieg Trumps im November 2016 hocherfreut waren.

Die erste Auslandsreise des neuen US-Präsidenten ging im Mai 2017 nach Riad. Ein Jahr später, am 8. Mai 2018 verkündete Trump den offiziellen Ausstieg der USA aus dem mühsam ausgehandelten Atomabkommen mit Iran. Damit erfüllte er ein Wahlversprechen, ungeachtet der Proteste der europäischen Unterzeichnerstaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien, wie auch der EU.

Sein letztes Amtsjahr eröffnete Trump dann mit dem Befehl, General

Qasim Soleimani zu ermorden. Der Kommandeur der Quds-Brigade, dem im Ausland operierenden Arm der iranischen Revolutionsgarde, wurde am 3. Januar 2020 am Flughafen von Bagdad durch eine US-Drohne getötet.⁴ (...)

Der Überfall der Hamas vom 7. Oktober 2023 hat aufs Grausamste klargemacht, dass Israel seine Abschreckungsfähigkeit eingebüßt hat. Bereits der bedingungslose Rückzug aus dem Libanon 2000 war eine militärische Niederlage – vergleichbar mit dem Rückzug der USA aus Vietnam.

Das nächste Fiasko folgte 2006, erneut bei der Bekämpfung der Hisbollah, die seitdem erheblich an militärischer Schlagkraft gewonnen hat. Abgesehen von gelegentlichen Luftangriffen auf syrisches Territorium, musste Israel also in den letzten zwölf Jahren mehr oder weniger ohnmächtig der Ausweitung des iranischen Militärnetzes in seiner unmittelbarer Umgebung zusehen. (...)

Mit Sicherheit hegt Netanjahu den Traum, dem Iran einen Schlag zu versetzen, der sein Nuklearprogramm um mehrere Jahre zurückwerfen würde und ihm persönlich einen herausragenden Platz auf der Heldenliste des Zionismus sichern würde.

Zudem steht er unter starkem Druck seitens seiner rechtsextremen Koalitionspartner wie auch der „zentristischen“ Opposition. Beide Gruppierungen forderten noch offener als Netanjahu einen Großangriff gegen die Islamische Republik.

Dass der israelische Gegenschlag vom 26. Oktober relativ begrenzt ausfiel und vor allem militärische Abwehrlanlagen ins Visier nahm, dürfte auch daran liegen, dass eine Bombardierung der iranischen Erdölanlagen einen Gegenschlag Teherans in der Golfregion provozieren könnte. Das aber würde eine schwere Krise der Weltwirtschaft auslösen und die Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Erdölmonarchien vergiften.

Um die iranischen Atomanlagen anzugreifen, bräuchte Israel angesichts der Größe des Landes und der Entfernung ohnehin mehr als eine nur indirekte Unterstützung der USA – wie in Gaza oder im Libanon. An einem solchen Schlag müsste sich das Pentagon direkt beteiligen.

Allerdings hat Biden bereits einen Schritt in diese Richtung gemacht, als er im Oktober das Abwehrsystem Thaad lieferte, das feindliche Raketen in großer Höhe abfangen kann. Zur Installation dieses Systems müssen rund einhundert US-Soldaten nach Israel geschickt werden, die dann womöglich durch einen iranischen Gegenschlag gefährdet wären.

Hier zeigt sich erneut ein flagranter Widerspruch im Handeln der Biden-Regierung, die den israelischen Bündnispartner bewaffnet und schützt, zugleich aber zu verstehen geben will, dass sie Druck auf Netanjahu ausübt, um diesen von bestimmten Aktionen abzubringen.

Für einen effektiven Angriff auf die unterirdischen Atomanlagen Irans bräuchte Israel mehr als jene Ein-Tonnen-Bomben, von denen Dutzende abgeworfen wurden, um Nasrallah zu töten; und auch mehr als die zwei

Tonnen schweren bunkerbrechenden lasergelenkten Bomben GBU-28, die Obama an Israel geliefert hatte.

Für einen solchen Angriff bräuchte Israel Bomben vom Typ GBU-57, von denen jede zwischen 12 und 15 Tonnen wiegt und eine Durchschlagskraft bis zu 60 Metern Tiefe hat. Die Israelis besitzen weder diese Bomben noch die strategischen Bomber, um sie ins Ziel zu bringen.¹⁵ Mit dem Angriff vom 26. Oktober hat sich Netanjahu deshalb zunächst dafür entschieden, das iranische Verteidigungssystem weiter zu schwächen.

Die Luftschläge vom 26. Oktober waren zugleich ein weiterer Schritt in Richtung einer direkten Beteiligung der USA, insofern die Biden-Regierung kein Geheimnis daraus machte, dass sie über den Umfang wie den Zeitpunkt der Aktion voll informiert war.

Die weitere Entwicklung wird vom Ausgang der Präsidentschaftswahlen am 5. November abhängen. Die Wahrscheinlichkeit einer vereinten US-amerikanisch-israelischen Offensive würde, falls Trump die Wahl gewinnt, zunehmen und bei einem Sieg von Harris eher geringer werden. Es sei denn, die Regierung Netanjahu schafft es, Iran in eine Spirale hineinzuziehen, die eine solche Offensive unausweichlich macht.

[Siehe Akram Belkaïd, 1 „Kommt der große Nahostkrieg?“, LMd, Mai 2024.](#)

[Siehe Gilbert Achcar 4 „USA und Iran – eine nützliche Feindschaft“, LMd, Februar 2020.](#)

[Siehe „Can Israel 15 destroy Iran’s nuclear facilities by itself?“, The Financial Times, London, 4. Oktober 2024.](#)

Gilbert Achcar ist Professor für Entwicklungsstudien und

Internationale Beziehungen an der School of Oriental and African Studies (SOAS) in London. Er ist Autor von „Die Araber und der Holocaust. Der arabisch-israelische Krieg der Geschichtsschreibungen“, Hamburg (Edition Nautilus) 2012.

Le Monde diplomatique vom 07.11.2024, von Gilbert Achcar

— —

9. Blätter: Israels Eskalation und das Versagen der Verbündeten

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/november>

November 2024

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/november/israels-eskalation-und-das-versagen-der-verbuendeten>

Israels Eskalation und das Versagen der Verbündeten

Wie jetzt eine diplomatische Lösung möglich wäre

von [René Wildangel](#)

(...)

Die Chance für eine diplomatische Offensive

Mit der Resolution 1701 wurde die seit 1978 präsente UNIFIL-Mission verstärkt, welche die libanesische Armee und Regierung jetzt bei der Ausdehnung ihrer Autorität unterstützen sollte. Auch Deutschland beteiligte sich mit bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten. Zuletzt verlängert wurde das Mandat im August 2024, als die aktuelle Eskalation so noch nicht absehbar war. Dabei lag das Hauptaugenmerk von UNIFIL auf der Seegrenze und der dortigen Verhinderung von Waffenschmuggel.

UNIFIL gilt als teilweise erfolgreiche, aber zahnlose Mission, denn sie wurde unter einem begrenzten „Kapitel VI“-Mandat der Vereinten Nationen beschlossen:

Die UNIFIL-Kräfte mussten den Verletzungen des Waffenstillstandes durch beide Seiten – Attacken der Hisbollah sowie israelische Überflüge und Angriffe – ebenso tatenlos zusehen wie dem Schmuggel

iranischer Waffen über die Landgrenzen. Und während die Hisbollah weiter als „Staat im Staate“ agierte, wankte die libanesische Politik von einer Krise zur nächsten. Das Projekt der Stärkung der libanesischen Armee ist vorerst gescheitert.

Doch nach den jüngsten israelischen Attacken ist die Zukunft der Hisbollah ungewisser denn je. Die Tötung nahezu der gesamten Führungsriege und die Angriffe auf ihre militärische Infrastruktur haben sie empfindlich getroffen. Auch wenn sich die Hisbollah wohl ebenso wenig wie die Hamas ganz ausschalten lassen wird: I

hre massive Schwächung ist offensichtlich. Und dem Iran dürften aktuell die Ressourcen fehlen, um die enormen Verluste auszugleichen. Das birgt auch die Gefahr, dass sich die angeschlagene Miliz radikalieren und ihre Ressourcen darauf konzentrieren könnte, Terroranschläge zu verüben und einen neuerlichen Guerillakrieg gegen Israel zu führen. Andererseits signalisierte einer der wenigen verbliebenen Führer, der stellvertretende Generalsekretär Naim Kassem, man sei zu einem Waffenstillstand bereit.

Das Recht Israels, sich gegen Angriffe wie die brutalen Massaker des 7. Oktober oder auch den Dauerbeschuss aus dem Norden seitens der Hisbollah zu verteidigen, ist international unbestritten. Es umfasst aber keine völkerrechtswidrigen Aktionen wie die massenhafte Tötung von Zivilisten oder die gezielte Zerstörung ziviler Infrastruktur.

Wegen der Kriegsverbrechen in Gaza hat bekanntlich der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs Haftbefehle gegen Netanjahu und seinen Verteidigungsminister beantragt; in Den Haag verhandelt der Internationale Gerichtshof weiter über die Völkermord-Klage Südafrikas gegen Israel. Dessen massives militärisches Vorgehen folgt zudem, wie der jordanische Außenminister deutlich machte, keinem langfristigen Plan.

Zwar kann es die militärische Macht seiner Gegner schwächen, aber wie hoch der Preis ist, zeigt sich in Gaza: Nahezu das gesamte Gebiet liegt in Schutt und Asche, seine über zwei Millionen Bewohnerinnen und Bewohner leben im Elend und ohne jegliche Perspektive. Und auch nach einem Jahr ständiger Angriffe ist die zahlenmäßig deutlich kleinere Hamas sogar noch in der Lage, Raketen auf Israel abzufeuern. Zugleich steht auch das Westjordanland vor einer Gewalteskalation, insbesondere die Angriffe und Landnahme durch Siedler treiben auch dort immer mehr Menschen in den bewaffneten Kampf.

Trotzdem gingen die Bemühungen des US-Präsidenten Biden um einen Waffenstillstand bisher kaum über Appelle an die israelische Regierung hinaus; konterkariert wurden diese zudem durch die Lieferung von Waffen im Wert von 18 Mrd. US-Dollar.

Im Wahlkampf ist die Sorge wohl zu groß, von Trump als Israelfeind gebrandmarkt zu werden. Noch im Juli sprach Netanjahu im US-Kongress und zeigte, dass er dort noch immer Unterstützung genießt. Auch die EU konnte keinen Druck entfalten: Wiederholte eindringliche Warnungen ihres Außenbeauftragten Josep Borrel verhallten aufgrund der

Uneinigkeit der Mitgliedstaaten wirkungslos.

Dennoch bestünde jetzt die Chance, der Region eine Perspektive auf eine friedliche Zukunft zu eröffnen. Dazu müsste aber endlich eine diplomatische Offensive erfolgen, die einen Waffenstillstand erzwingt: im Libanon und in Gaza.

Nur massiver Druck wird Netanjahu von seinem Eskalationskurs abbringen. Im Zentrum könnte ein UN-Beschluss stehen, der auf der Resolution 1701 und der Gaza-Resolution 2728 vom März 2024 aufbaut: Friedenstruppen könnten dann den Waffenstillstand an beiden Fronten überwachen sowie Waffenschmuggel und Wiederaufrüstung unterbinden. Die bereits vereinbarte, aber nie erfolgte Stärkung der libanesischen Armee und ihre Stationierung im Süden müssen dann ebenso umgesetzt werden, wie die Rückkehr der Palästinensischen Autonomiebehörde nach Gaza.

Klar ist, dass diese Vereinbarungen nur möglich sind, wenn auch Abkommen mit der Hamas und der Hisbollah, über die bereits seit Monaten auf Geheiß der USA mittels verschiedener arabischer Staaten verhandelt wird, geschlossen werden. Ein Ende der israelischen Präsenz vor Ort, die Stationierung einer Beobachtertruppe und eine Öffnung der Grenzen für den Warenverkehr würden die humanitäre Krise entspannen, die Geiseln könnten endlich nach Israel zurückkehren.

Das alles lehnt Israel nicht nur seit Monaten ab, sondern führt einen regelrechten Krieg gegen die Vereinten Nationen; zuletzt hat es UN-General-sekretär António Guterres zur „unerwünschten Person“ erklärt.

Daher bedarf es eines international einmütigen und auf der Ebene des Sicherheitsrates abgestimmten Vorgehens, diesmal möglichst mit robusten Mandaten, die von Israels engsten Verbündeten mitgetragen und durchgesetzt werden. Wenn dann ein solcher Waffenstillstand mit einer langfristigen Perspektive einer regionalen Entspannung verbunden würde, wie sie der jordanische Außenminister aufgezeigt hat, könnte dies auch in Israel dazu führen, dass es endlich wieder eine Alternative zum vorherrschenden Rechtskurs gibt.

Themen: [Antisemitismus](#), [Krieg und Frieden](#), [Naher und Mittlerer Osten](#)
Aus: [»Blätter« 11/2024](#), S. 55-60

—

10. FAZ: Vorschlag zur Bundestagsresolution gegen Antisemitismus

<https://www.faz.net/einspruch/nachrichten/vorschlag-zur-bundestagsresolution-gegen-antisemitismus-110063906.html>

Vorschlag zur Bundestagsresolution gegen Antisemitismus

Schutz jüdischen Lebens : Ein Textvorschlag

Gastbeitrag

Von Ralf Michaels, Jerzy Montag, Armin Nassehi, Andreas Paulus,
Miriam Rürup, Paula-I. Villa Braslavsky

23.10.2024, 07:27

Was soll der Bundestag zum Schutz jüdischen Lebens beschließen?

Formulierungsvorschläge eines Kreises von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, gegliedert in sechzehn Punkte.

Bundestagsresolution zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland – Formulierungsvorschläge

(es folgen 16 konkrete Punkte - frei lesbar ohne Bezahlschranke)

siehe auch:

Wichtiges Thema, falscher Weg

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/auf-dem-falschen-weg-7893/?utm_campaign=de_40_20241104&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Demokratie und Gesellschaft 04.11.2024 |

[Herta Däubler-Gmelin](#)

Wichtiges Thema, falscher Weg

Der Bundestag will einen Beschluss gegen Antisemitismus fassen

– doch die dringend nötige öffentliche Debatte bleibt aus.

(...)

Jetzt haben der Bundestag und die mit dem Beschluss befassten Ministerien die Verpflichtung sicherzustellen, dass im Laufe der weiteren Debatte und Umsetzung auch alternative Definitionen, wie die Jerusalem Declaration, berücksichtigt werden. Das würde wenigstens dazu beitragen, auch die Pluralität innerhalb der (jüdischen) wissenschaftlichen Meinung anzuerkennen.

Es ist falsch, den – mangels Transparenz bisher öffentlich nicht diskutierten – Antrag jetzt durch den Bundestag zu jagen. Wir brauchen eine Weitung des gesellschaftlichen und politischen Diskurses – keine Verengung. Der eingeschlagene Weg ist falsch. Der Bundestag sollte ihn

daher nicht weitergehen, sondern stattdessen die offene Debatte eröffnen, etwa mit einer parlamentarischen Anhörung. (...)

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin war von 1998 bis 2002 Bundesministerin der Justiz und saß von 1972 bis 2009 für die SPD im Deutschen Bundestag.

— —

und:

<https://www.deutschlandfunk.de/antisemitismus-resolution-bundestag-israel-meinung-100.html>

Kommentar

Die Antisemitismus-Resolution des Bundestags ist ein Irrweg

Die Antisemitismus-Resolution, auf die sich Ampelkoalition und Union verständigt haben, ist für zahlreiche Israelis ein Hohn.

Politisch begründete Kritik am Handeln der israelischen Regierung soll als antisemitisch gebrandmarkt werden.

Ein Kommentar von Stephan Detjen |

03.11.2024

(...)

— — —

11. IPG: Am Ziel vorbei

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/am-ziel-vorbei-1-7795/?utm_campaign=de_40_20240924&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Naher Osten/Nordafrika 24.09.2024 |

Jessica Montell

Am Ziel vorbei

Jessica Montell ist seit 2017 Geschäftsführerin der israelischen Menschenrechtsorganisation HaMoked.

Zuvor leitete sie B'Tselem, das israelische Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten.

Der Bundestag arbeitet an einer Resolution zur Bekämpfung von Antisemitismus.

Doch israelische Menschenrechtsorganisationen warnen vor dem Entwurf.

Seit dem Massaker, das die Hamas am 7. Oktober im vergangenen Jahr an der israelischen Bevölkerung verübt hat, erleben wir eine massive Zunahme antisemitischer Rhetorik und antisemitischer Vorfälle. Das ist eine beunruhigende und gefährliche Entwicklung – weltweit und auch in Deutschland.

Die deutsche Regierung hat eine moralische Verpflichtung, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Deshalb ist es notwendig und begrüßenswert, wenn die Bundesregierung und der Bundestag klar und entschieden auf diese Entwicklung reagieren und eindeutig Stellung beziehen.

Im Bundestag arbeiten die Partner der Ampelkoalition gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion seit Monaten an einer Resolution zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland. Frühere Fassungen dieser Resolution haben nicht nur bei Rechtswissenschaftlern und Kunstschaffenden, sondern auch bei Menschenrechtsorganisationen wie der unsrigen heftige Kritik hervorgerufen.

Ein veröffentlichter Entwurf dieser EntschlieÙung löst bei mir und bei anderen israelischen Menschenrechtsorganisationen Besorgnis aus, weil er eine repressive Stoßrichtung hat und für Spaltung sorgt.

Das liegt vor allem daran, dass er Antisemitismus mit Kritik an Israel verwechselt. Als jüdische Israelin, die sich aktiv in der israelischen Zivilgesellschaft engagiert und sich berechtigt und in der Pflicht sieht, die eigene Regierung zu kritisieren, weise ich diese Gleichsetzung mit Nachdruck zurück.

Diese Verquickung von Antisemitismus und Israelkritik ist so weit gefasst, dass sie sogar auf Juden und Israelis in Deutschland zutrifft, die zum Beispiel die Behandlung der Palästinenser durch die israelische Regierung kritisieren.

Jüdische Vertreter des öffentlichen Lebens in Deutschland sahen sich veranlasst, in einem offenen Brief den Resolutionsentwurf zu kritisieren, der paradoxerweise der Vielfalt des jüdischen Lebens in Deutschland womöglich schadet, statt sie zu schützen.

Der Kern des Problems ist, dass die Resolution auf der umstrittenen

Antisemitismus-Arbeitsdefinition der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (International Holocaust Remembrance Alliance, IHRA) aufbaut.

Sie macht diese Definition zum entscheidenden Maßstab für die Regulierung und Zuweisung öffentlicher Mittel – mit weitreichenden nachteiligen Folgen für Wissenschaft, Kunst und Zivilgesellschaft in Deutschland, aber auch für die Arbeit und Zusammenarbeit zwischen deutschen Organisationen und ihren ausländischen Partnern vor Ort.

Bundestag und Bundesregierung haben sich 2017 die IHRA-Definition zu eigen gemacht. In der Folge wurde diese Definition Gegenstand heftiger Kontroversen und wird in der Wissenschaft intensiv diskutiert. Führende internationale Antisemitismusforscher (darunter viele Israelis) haben Alternativdefinitionen erarbeitet – unter anderem die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus.

Daher stellt sich die Frage: Wieso ergreift der Bundestag in einem wissenschaftlichen Streit Partei für eine Seite? Warum ist der Entwurf nicht offen für Entwicklungen in der akademischen Diskussion und geht auf andere Definitionen gar nicht ein?

Die Sorge über die Auswirkungen, die sich durch die Verwendung der Antisemitismus-Definition der IHRA ergeben können, ist keineswegs bloße Theorie.

Die Sorge über die Auswirkungen, die sich durch die Verwendung der Antisemitismus-Definition der IHRA ergeben können, ist keineswegs bloße Theorie. In den vergangenen Jahren haben wir erlebt, dass diese Definition taktisch genutzt wird, um Zwang auszuüben. Die israelische Regierung setzt sie als Waffe ein, um öffentlich artikulierten Widerspruch gegen ihre rechtswidrige und schädliche Politik zum Schweigen zu bringen.

Die Liste derer, die wegen ihrer Äußerungen zur Palästinenserpolitik der israelischen Regierung oder ihres Verhaltens gegenüber dieser Politik als Antisemiten abgestempelt wurden, ist sehr lang und umfasst sogar den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), dessen Chefankläger Karim Khan und die Vereinten Nationen.

Kürzlich schmähte Israels Außenminister Israel Katz den EU-Außenbeauftragten und spanischen Sozialisten Josep Borrell als „Antisemiten und Israelhasser“ und warf ihm vor, er führe „eine Hasskampagne gegen Israel, die Erinnerungen an die schlimmsten Antisemiten der Geschichte weckt“.

Diverse Gruppen, die sich international schützend vor die israelische Regierung stellen und Kritik an ihrer Menschenrechtsbilanz zum Schweigen bringen wollen, nutzen die IHRA-Definition fortwährend und in zynischer Weise. Mithilfe dieser Definition haben sie Mitglieder des Irischen Parlaments als Antisemiten gebrandmarkt, weil sie einen Boykott von Erzeugnissen aus den Siedlungsgebieten ins Spiel gebracht hatten;

sie haben die Regierungen der Niederlande und Schwedens antisemitisch genannt, weil sie palästinensische Menschenrechtsorganisationen finanziell unterstützen; und sie haben dem Europäischen Gerichtshof Antisemitismus vorgeworfen, nachdem er geurteilt hatte, dass Produkte aus israelischen Siedlungsgebieten als solche gekennzeichnet werden müssen.

In Israel nutzen rechte Parlamentarier die Definition der IHRA, um etablierte Menschenrechtsgruppen und zivilgesellschaftliche Organisationen zu delegitimieren und sie nach Möglichkeit von ihren internationalen Finanzierungsquellen abzuschneiden.

Im März 2023 bezeichnete der Likud-Abgeordnete Ariel Kellner zum Beispiel Breaking the Silence als „antisemitische Organisation“, die „Soldatinnen und Soldaten der israelischen Streitkräfte verunglimpft und als Nazis darstellt“. Und weiter: „Mal lässt sie die Ritualmordlegende wiederaufleben, mal misst sie moralisch mit zweierlei Maß.

Beides fällt unter die internationale Definition von Antisemitismus.“ Breaking the Silence ist eine gemeinnützige israelische Organisation, die Übergriffe im Zusammenhang mit der israelischen Besetzung der Palästinensergebiete aufdeckt und das Ziel hat, die Besetzung zu beenden.

Alle Beschäftigten und Mitglieder der Organisation sind ehemalige israelische Soldaten (und Juden). Wie lächerlich es ist, eine solche Organisation als antisemitisch zu bezeichnen, liegt auf der Hand. Allen sollte klar sein, dass hier ein israelisches Regierungsmitglied auf zynische Weise versucht, die Organisation mit möglichst niederträchtigen Anschuldigungen zu diskreditieren.

Allein die Tatsache, dass der Knesset-Abgeordnete Ariel Kellner sich zur Untermauerung dieser Anschuldigungen auf die „internationale Definition von Antisemitismus“ berufen kann, zeigt deutlich, wie problematisch diese Definition ist.

Die Kernaufgabe von Menschenrechtsorganisationen in aller Welt wird mitunter auf das Naming and Shaming verkürzt – also darauf, Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und öffentlich anzuprangern, um Aufmerksamkeit zu erregen und die Verantwortlichen zu zwingen, diese Rechtsverstöße abzustellen.

Diese Arbeit ist überall auf der Welt notwendig und wichtig. Im israelisch-palästinensischen Kontext ist sie essenzieller als je zuvor vor dem Hintergrund, dass seit elf Monaten in Gaza ein brutaler Krieg geführt wird, dass in Israel eine ultranationalistische Regierung an der Macht ist und Extremisten die Annexion des Westjordanlands und die Zwangseingung der dort lebenden Palästinenser vorantreiben.

Damit sie ihre Arbeit machen können, müssen sich Menschenrechtsorganisationen frei äußern können.

Damit sie ihre Arbeit machen können, müssen sich Menschenrechts-Organisationen frei äußern können, zumal sie mitunter sehr schwerwiegende Vorwürfe erheben. Das heißt nicht, dass wir unsererseits gegen Kritik abgeschirmt werden müssen. Das lässt natürlich genügend Raum, um unsere Erkenntnisse infrage zu stellen und mit unseren Bewertungen nicht einverstanden zu sein.

Fakten können unzutreffend sein. Interpretationen können ihre Schwachstellen haben. Manche mögen uns für fehlgeleitet oder naiv halten. Das alles ist legitim. Aber die Meinungsabweichungen in diesen Fragen als antisemitisch abzustempeln, ist unverantwortlich und darf nicht sein.

Mit solchen politisch motivierten Anschuldigungen sollen diejenigen, die Missstände zur Sprache bringen, zum Schweigen gebracht werden, damit man sich mit der eigentlichen Kritik nicht auseinandersetzen muss. Durch diese Anschuldigungen gerät der Begriff „antisemitisch“ zur Farce – und das schadet den aufrichtigen Bemühungen, den ganz realen Antisemitismus zu bekämpfen.

Aus diesen Gründen warnen 15 israelische Menschenrechtsgruppen und zivilgesellschaftliche Organisationen – meine Organisation HaMoked ist eine von ihnen – in einer gemeinsamen Erklärung vor der Resolution, über die der Bundestag derzeit berät. Bei dieser Warnung geht es unter anderem auch um unsere Möglichkeiten, unsere Kernaufgabe mit deutscher Unterstützung wahrzunehmen:

Wir befürchten, dass die Resolution des Bundestags, sollte sie auf der Grundlage des Entwurfs verabschiedet werden, instrumentalisiert wird, um die finanzielle Unterstützung aus Deutschland für unsere Menschenrechtsarbeit unter Beschuss zu nehmen und einzuschränken und im weiteren Sinne unserer Zusammenarbeit mit der deutschen Zivilgesellschaft die Grundlage zu entziehen.

Dies würde Schmutzkampagnen befeuern und die vielen komplexen Herausforderungen, die wir in der aktuellen Eskalationssituation ohnehin schon zu bewältigen haben, noch weiter verschärfen.

Wie wir in unserer Erklärung betonen, begrüßen wir, dass die Bundesregierung sich ausdrücklich zur Bekämpfung des Antisemitismus bekennt, und ermutigen den Bundestag, eine auf Inklusivität und Universalität abzielende Resolution zu verabschieden.

Wir ermuntern ihn, eine Resolution zu verabschieden, die unserer Menschenrechtsarbeit nicht potenziell schadet, sondern sie schützt und unterstützt. Alle Versuche, auf Basis der IHRA-Definition finanzielle Zuwendungen an Bedingungen zu knüpfen, sollten aus dieser Resolution gestrichen werden – und der Kampf gegen Antisemitismus sollte inklusiv und in einen universellen Kampf gegen Rassismus in jeglicher Form eingebettet werden.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld

Zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen haben gegen die Verabschiedung des Beschlusses Protest eingelegt.....

<https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLScyErqrcDRzrZ1EPuk6iX9x10g8JrwishN2rlnAhRyYZQwP/g/viewform?fbzx=-3201418861986962696>

—

... und trotzdem:

<https://www.rnd.de/politik/antisemitismus-antrag-vom-bundestag-angenommen-40QXQBC7YVDW5CHYVQNNJJ2EKY.html>

Erste Plenarsitzung nach Ampel-Aus

Verzögertes Zeichen gegen Judenhass:

Umstrittener Antisemitismus-Antrag angenommen

Der Antisemitismus-Antrag der Ampelkoalition und Union wurde heute vom Bundestag angenommen. Der Resolution gingen monatelange Verhandlungen und Kritik voraus. In dem Antrag geht es darum, wo Antisemitismus anfängt und wie man ihm einen Riegel vorschiebt.

07.11.2024, 12:30 Uhr

12. IPG: Schwätzchen mit Trump

https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/schwaetzchen-mit-trump-7883/?utm_campaign=de_40_20241104&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Nordamerika 04.11.2024 |

[Sam Kahn](#)

Schwätzchen mit Trump

Der Auftritt des Ex-Präsidenten im Podcast von Joe Rogan ist ein Wendepunkt für die neuen Medien – und könnte die Wahl entscheiden.

Die Wahl 2024 wird „durch Podcasts entschieden“, prognostizierte Bobby Kennedy letztes Jahr – und das ist vielleicht der Satz, mit dem er am

meisten in Erinnerung bleiben wird. Die Wahl steht nach wie vor auf Messers Schneide, aber zuletzt ist Trump im Aufwind.

Sein Auftritt in Joe Rogans Podcast könnte ihm letztendlich den Sieg sichern. Dieser Moment war historisch und reicht in seiner Bedeutung über die anstehende Wahl hinaus, denn er markierte den endgültigen Wechsel von traditionellen zu neuen Medien. (...)

Das Entscheidende ist: Rogan hat eine Zuhörerschaft von 20 bis 30 Millionen Menschen, etwa dreimal so viele wie 60 Minutes. Die Wahrscheinlichkeit, dass unentschlossene Wähler – und davon gibt es viele – durch Trumps Auftritt bei Rogan angesprochen werden, ist erheblich gestiegen.

Die Ausrede des Wahlkampfteams von Kamala Harris, sie habe aus terminlichen Gründen nicht bei Rogan auftreten können, ist geradezu lachhaft und, wenn man sie für bare Münze nimmt, absolut steinzeitlich. Denn egal wie viele Wahlkampfveranstaltungen Harris in den letzten Tagen vor der Wahl noch abhält, sie wird niemals auch nur annähernd die Hunderttausenden oder gar Millionen unentschlossener Wählerinnen und Wähler erreichen, die sie aufgrund ihrer Absage an Rogan verpasst hat.

Podcasts wie der von Rogan bieten noch etwas anderes, das vom Washingtoner Establishment völlig verkannt wird und mit Vertrauen zu tun hat. Rogan fand dafür gleich zu Beginn des Interviews die perfekten Worte. Stellvertretend für Trump, der bekanntlich gerne mit den Ursachen seiner Popularität kokettiert, erklärte Rogan, warum sein Gast so beliebt sei:

„Weil die Leute diesen vorgefertigten und blödsinnigen Politiker-Sprech leid waren und weil sie, auch wenn sie nicht in allen Punkten mit Ihnen übereinstimmen, zumindest wussten: Dieser Typ, wer auch immer er ist, ist wirklich so. Das ist wirklich er“, so Rogan.
„Bei anderen Leuten, die in der Öffentlichkeit stehen, weiß man gar nicht, wer sie sind. Sie geben vorgestanzte Antworten von sich, alles klingt wie einstudiert, und sie gehen nie auf das ein, worauf es ankommt.“

Heute geht es darum, sich so natürlich wie möglich zu geben, statt als Autoritätsperson aufzutreten.

Was sich in unseren Zeiten verändert, ist das Grundgefüge des öffentlichen Vertrauens. Dieses entsteht nicht mehr aus dem Gefühl heraus, dass diejenigen, die im Mittelpunkt stehen und über Autorität verfügen, die Antworten parat haben – mit Eisenhowers Grinsen, Walter Cronkites Brille oder einem Präsidenten, der mit gefalteten Händen am Schreibtisch sitzt und in die Kamera spricht, ist es nicht mehr getan.

Vertrauen entsteht aus dem Eindruck von Unmittelbarkeit und Natürlichkeit – aus dem Glauben, dass das, was jemand sagt, aus dem Herzen und aus eigener Erfahrung kommt. Wenn wir die Entwicklungsgeschichte der Schauspielkunst über die Geschichte der

Politik legen würden, ist der deklamatorische Stil des 19.

Jahrhunderts im Grunde dem naturalistischen Stil der 1960er Jahre gewichen. Heute geht es darum, sich so natürlich wie möglich zu geben, statt als Autoritätsperson aufzutreten – getreu der alten Redensart: „Aufrichtigkeit ist alles. Wenn du sie vortäuschen kannst, hast du es geschafft.“ (...)

Die Demokraten hatten acht Jahre Zeit, sich an die neue Medienlandschaft anzupassen. Sie hatten genug Zeit, ein lässigeres, Social-Media-freundlicheres Auftreten zu entwickeln. Sie hatten Zeit, in der Partei eine Generation jüngerer und unverbrauchter Führungskräfte aufzubauen. Sie hatten Zeit, sich von Medienberatern und Vortragstechniken aus den Zeiten des Kabelfernsehens zu verabschieden, als es in der politischen Redekultur darum ging, schlechte O-Töne zu vermeiden.

Sie hatten Zeit, sich auf die neue Welt der Podcasts einzustellen, die wie geschaffen ist für politische Überzeugungsarbeit. Nichts davon haben sie getan. Wenn Harris verliert – wonach es momentan eher aussieht –, haben die Demokraten sich das selbst zuzuschreiben.

Dieser Artikel erschien zuerst im US-OnlineMagazin Persuasion.

13. BerlZ: Nach Wahlsieg Trumps: Chinas Xi warnt vor Konfrontation

<https://www.berliner-zeitung.de/news/nach-wahlsieg-trumps-chinas-xi-warnt-vor-konfrontation-li.2269762>

Nach Wahlsieg Trumps: Chinas Xi warnt vor Konfrontation

Die Beziehungen zwischen den USA und China sind schon länger belastet. Nach dem Wahlsieg Trumps gratuliert ihm Xi Jinping – und äußert Erwartungen an das zukünftige Verhältnis.

BLZ / AFP

07.11.2024 06:08 Uhr

Der chinesische Präsident Xi Jinping hat in einer Nachricht an Donald Trump nach dessen Sieg bei der US-Präsidentschaftswahl zu „stabilen, gesunden und nachhaltigen“ Beziehungen zwischen Peking und Washington aufgerufen.

Wie das chinesische Staatsfernsehen CCTV am Donnerstag

berichtete, wies Xi in einer „Glückwunschtsbotschaft“ an Trump darauf hin, dass „die Geschichte gezeigt hat, dass China und die Vereinigten Staaten von Zusammenarbeit profitieren und unter Konfrontation leiden.“

„Eine stabile, gesunde und nachhaltige Beziehung zwischen China und den USA ist im gemeinsamen Interesse beider Länder und steht im Einklang mit den Erwartungen der internationalen Gemeinschaft“, erklärte Xi demnach weiter. Er rief Peking und Washington dazu auf, „einen korrekten Weg zu finden, wie China und die USA in dieser neuen Ära miteinander auskommen können, damit beide Länder und die Welt davon profitieren“.

Das Außenministerium in Peking hatte Trump bereits zuvor gratuliert. Der Republikaner fuhr bei der Wahl am Dienstag einen triumphalen Erfolg ein, indem er in mehreren der besonders umkämpften Swing States siegte und auch bei der Kongresswahl wichtige Erfolge für seine Republikanische Partei verzeichnen konnte.

In seiner ersten Amtszeit als US-Präsident hatte Trump einen Handelskrieg mit China angezettelt und Zollerhöhungen in Kraft gesetzt. Im Wahlkampf kündigte er Zölle in Höhe von 60 Prozent auf Produkte aus China an.

—

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising

Tel.: 08161-547015
Fax: 08161-547016

C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoehnungsbund.de

Spendenkonto für die Arbeit des
Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.

IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00

Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt